



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 114'209
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.207
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 15
Fläche: 54'351 mm²

Nationalrat vorerst auf Sparkurs

Beginn der Budgetdebatte unter dem Eindruck spärlich fliessender Steuereinnahmen



Der Haushalt sei angespannter als in den letzten Jahren, sagte Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf.
MARCEL AMREIN, BERN

LUKAS LEHMANN / KEYSTON

Die Volksvertreter anerkennen, dass sie sich beim Budget 2016 zurückhaltend zeigen müssen. Sie kürzen den Bundesratsentwurf sogar noch leicht. Die Pièce de Résistance kommt aber erst am Montag auf den Tisch – es ist der Agrarhaushalt.

Zum letzten Mal muss Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf einen Haushaltsentwurf verfechten. Die Stimmung in

dieser Budgetrunde ist anders als früher, als die Mittel meist noch recht komfortabel vorhanden waren. Zwar warnte die Finanzministerin schon letztes Mal vor einer ungunstigen Einnahmementwicklung. Diese ist seither aber Realität geworden, und die Lage ist mit der Frankenstärke noch deutlich ernster geworden. Dem Bundeshaushalt gehe es nicht enorm schlecht, wie sie dies manchmal höre, erklärte Widmer-Schlumpf am Donnerstag zu Beginn der Budgetdebatte im Nationalrat. Er sei aber an-

gespannter als in den letzten Jahren.

Die Schuldenbremse einhalten

Die Regierung präsentiert deshalb für 2016 einen Voranschlag, dessen Ausgaben mit 67,1 Mrd. Fr. praktisch gleich hoch sind wie dieses Jahr – keine Selbstverständlichkeit angesichts wachsender gebundener Ausgabenposten. Im Vergleich zur ursprünglichen Planung ist der Haushalt um 3,8 Mrd. Fr. schlanker. «Jetzt geht es plötzlich innerhalb eines Jahres!», meinte dazu Pirmin Schwander



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 114'209
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.207
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 15
Fläche: 54'351 mm²

(svp., Schwyz), seien doch Forderungen seiner Partei nach milliardenschweren Entlastungen früher stets für zu kurzfristig befunden worden. Allerdings machen einnahmenabhängige Ausgaben (z. B. Kantonsanteile) den Grossteil der Differenz aus, wie Widmer-Schlumpf erwiderte, während die eigentlichen Sparmassnahmen des Bundesrats 1,3 Mrd. Fr. betragen. Die Regierung rechnet mit einem Defizit von rund 400 Mio. Fr., das damit aber innerhalb der Toleranzgrenze der Schuldenbremse liegt.

Die meisten Redner gaben sich einsichtig, dass gespart werden müsse, dies oft auch auf der linken Ratsseite. «Die Regierung hat keine Wahl», sagte etwa Daniel Brélaz (gp., Waadt). Nur die SVP wollte noch deutlich über die Anforderungen der Schuldenbremse hinausgehen und verlangte zusätzliche Querschnittskürzungen in allen Departementen von 3,1 Mrd. Fr. Die Forderung war chancenlos, ebenso wie ein anderer Antrag zum Personalaufwand, den die Partei um 162 Mio. Fr. stützen wollte. Da-

gegen folgte eine Mehrheit aus SVP, FDP und GLP einem Antrag von Albert Vitali (fdp., Luzern) und ging beim Sach- und Betriebsaufwand über die Vorstellungen der Regierung hinaus. Er soll um 125 Mio. Fr. sinken.

Umkämpfte Budgetposten

Eines ist gleich geblieben im Vergleich mit dem Vorjahr: Die heissest umkämpften Budgetposten sind die Entwicklungszusammenarbeit und die Landwirtschaft. Der Bundesrat sieht Kürzungen von 3,8 bzw. 2 Prozent gegenüber 2015 vor. Ob die Kürzungen in der Landwirtschaft anders als in früheren Jahren Bestand haben werden, ist wohl die grösste Frage in dieser Budgetdebatte. Die Finanzkommission hatte sich dagegen ausgesprochen. Während der Ständerat bereits sein Plazet gegeben hat, wird das Nationalratsplenum erst in der Sitzung vom nächsten Montag über die Kürzungen befinden.

Das Urteil zur Entwicklungshilfe hat der Nationalrat indes schon gefällt. Er hat diverse Anträge von SVP sowie der

Linken abgelehnt, welche die Einschnitte vergrössern oder ganz streichen wollten. Marina Carobbio Guscetti (sp., Tessin) warnte vor den Kürzungen: Wenn die Schweiz in der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit spare, müsse sie später mit umso mehr Geld und kurzfristig bei Krisen intervenieren. Laut Widmer-Schlumpf indes erreicht die Entwicklungshilfe trotz den Sparmassnahmen höchstwahrscheinlich auch 2016 die anvisierte Quote von 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Allerdings werden dabei Asylkosten der Quote zugerechnet.

Chancenlos blieben ferner Kürzungsanträge der SVP bei der Bundesversammlung. Schliesslich bestanden wie im Ständerat Zweifel an den Budgetzahlen des Staatssekretariats für Migration: Dieses gehe von unrealistisch tiefen Asylzahlen aus, befand Daniela Schneeberger (fdp., Baselland). Die Regierung dagegen will zusätzliche Lasten wegen der Flüchtlingskrise lieber über Nachtragskredite auffangen.

Gegen Einschnitte bei Presseförderung

Der Ständerat will, dass der Bund die Zustellung von Zeitungen weiterhin subventioniert. Er hat eine Motion aus dem Nationalrat angenommen, die sich gegen eine Abschaffung der indirekten Presseförderung richtet. Die Streichung der Subvention war ursprünglich Teil des Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspakets (KAP), wurde aber aus der im Sommer gutgeheissenen Version entfernt. Die Motion betrifft die Streichung im Rahmen des KAP – der Ständerat will nun mit einer entspre-

chenden Abänderung erreichen, dass die Regierung auch in künftigen Entlastungspaketen auf eine solche Sparmassnahme verzichtet. Die gesamte Subvention beläuft sich auf rund 30 Mio. Fr.

Für kleine und mittlere Zeitungen gehe es um bedeutsame Beträge, führte Kommissionssprecher Filippo Lombardi (Tessin, cvp.) aus. Die indirekte Presseförderung dürfe nicht abgeschafft werden, bevor eine andere Lösung gefunden sei. Über die abgeänderte Motion wird der Nationalrat nochmals befinden.